© imago images/Shotshop

Tagesspiegel Plus**Exklusiv**

Studie zeigt große Unterschiede in Berlin:Bis zu 40 Prozent der über Dreijährigen mit Migrationshintergrund besuchen keine Kita

Der Mangel an Kitaplätzen geht vor allem zu Lasten von Kindern aus Zuwandererfamilien. IHK-Präsident Girl warnt vor den Folgen.

Von **Susanne Vieth-Entus**

26.10.2021, 21:16 Uhr | Update: 27.10.2021, 04:01 Uhr

Berlins Kitaplatzmangel benachteiligt vor allem Kinder aus zugewanderten Familien: Bei den über Dreijährigen besuchen je nach Bezirk bis zu 40 Prozent keine Kita oder Tagespflege. Dies belegt eine aktuelle Studie im Auftrag des neuen Bündnisses „Kitastimme“, das den gekappten Ausbau der Berliner Betreuungskapazitäten kritisiert.

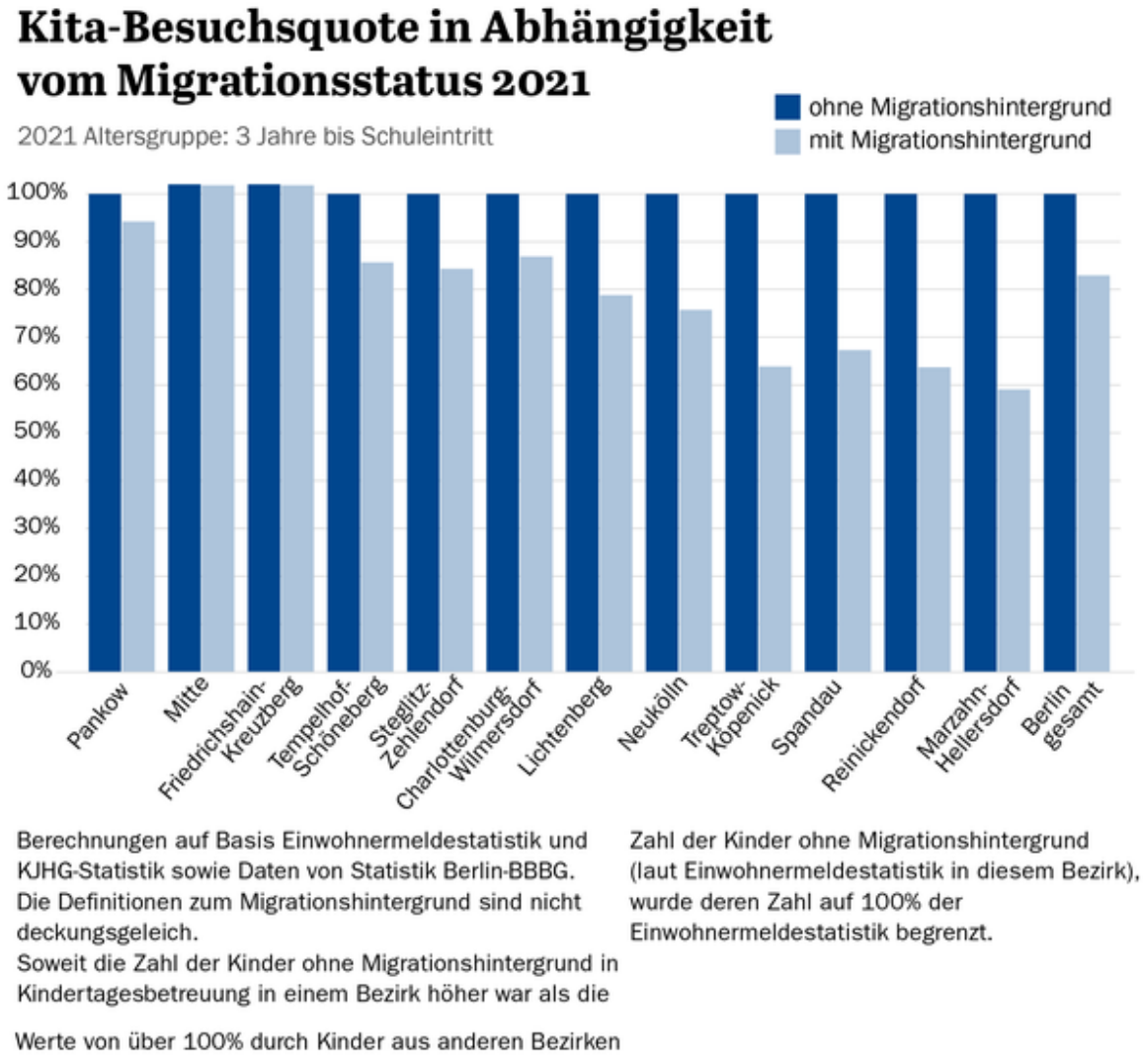
Die Studie liegt dem Tagesspiegel exklusiv vor. Ausgangspunkt der Untersuchung war die Entscheidung der rot-rot-grünen Koalition im Jahr 2020, wegen der damaligen Sparvorgaben Tausende zusätzliche Kitaplätze vorerst nicht zu fördern.

Kaum tangiert vom Kitaplatzmangel sind deutschstämmige Familien: Sie müssen zwar mitunter ebenfalls lange suchen und zur Not mit Klage drohen, finden aber letztlich einen Platz: Die Kinderbetreuungsstudie (KiBS) des Deutschen Kinder- und Jugendinstituts weist für Kinder ohne Migrationshintergrund einen nahezu 100-prozentigen Kitabesuch nach.

Nicht einmal 85 Prozent der Migrantenkinder ab drei in der Kita

Davon ausgehend haben die Kitastimme und das von ihr beauftragte Research Institute on Longlife Learning (Rilll) die Kitabesuchsquoten in Berlin betrachtet und kommen zu dem Schluss, dass nicht einmal 85 Prozent der Migrantenkinder ab drei Jahren in die Kita oder zur Tagesmutter gehen.

Von Bezirk zu Bezirk gibt es dabei große Unterschiede. Während in Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg laut Studie nahezu alle Kinder aus Zuwandererfamilien in der Kita sind, trifft das in Spandau, Treptow-Köpenick und Reinickendorf auf weniger als 70 Prozent, in Marzahn-Hellersdorf sogar nur auf 60 Prozent zu.



© Rilll-Institut/Tsp

Bei den unter Dreijährigen ohne Migrationshintergrund beträgt die Besuchsquote laut Studie landesweit im Schnitt 55 Prozent bei den Kindern. Bei den anderen ist es nur etwa ein Drittel, wobei sich der Anteil zwischen 40 Prozent in Pankow, Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg und unter 25 Prozent in Reinickendorf bewegen soll. Diese Daten enthalten allerdings

Unschärfen, weil Landeseinwohneramt und Senat mit unterschiedlichen Definitionen des Merkmals „Migrationshintergrund“ arbeiten. Dies ist auch der Grund, warum diese Vergleiche bisher nicht vorlagen, sondern erst jetzt und auch nur mit Einschränkungen herausgearbeitet werden konnten.

Nachfrage nach Kinderbetreuung etwa gleich groß

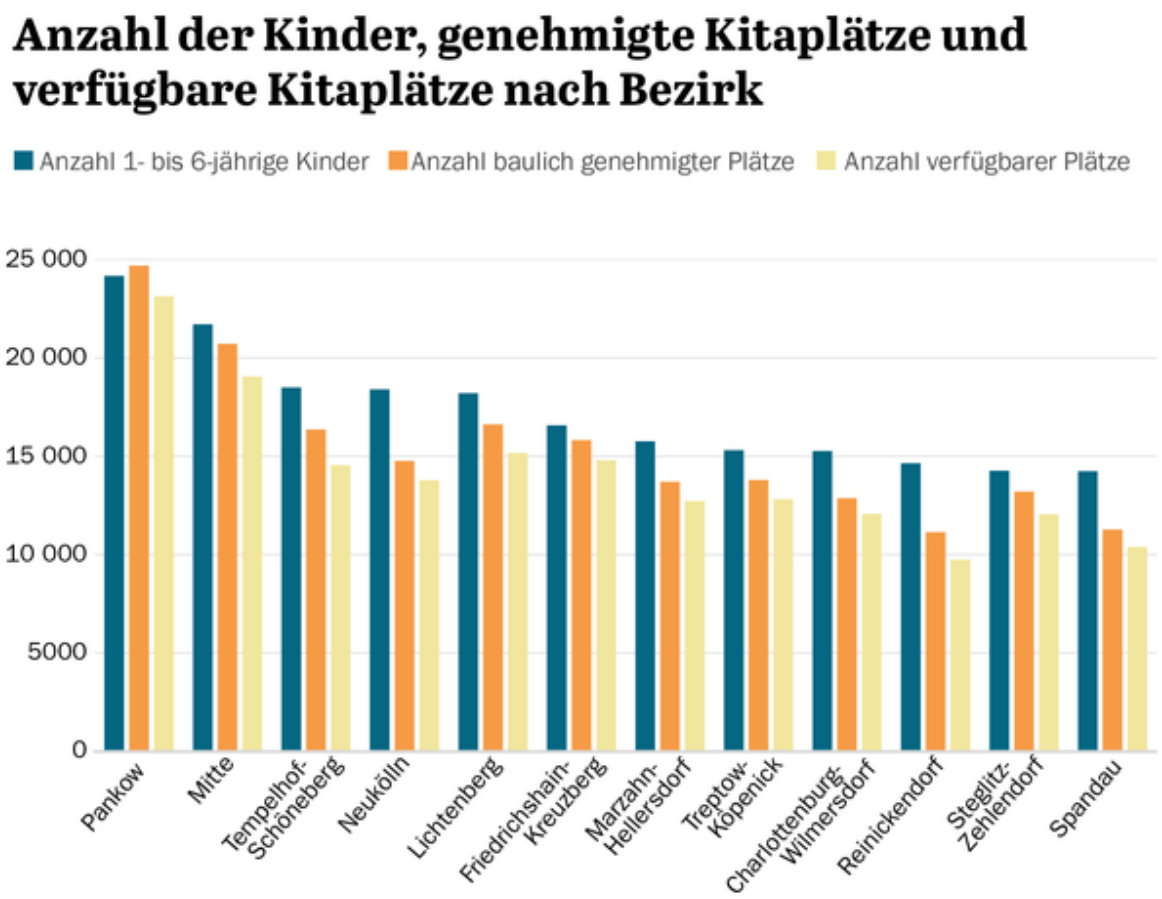
Wer meint, die geringere Besuchsquote bei Kindern aus Zuwandererfamilien basiere ausschließlich auf fehlender Nachfrage, irrt. Vielmehr ist der Wunsch nach einer Kinderbetreuung bei Eltern mit und ohne Migrationshintergrund etwa gleich groß, wenn man der KiBS-Studie folgt: Dort gaben annähernd 100 Prozent der Eltern von drei- bis fünfjährigen Kindern sowie rund 60 Prozent der Eltern von unter dreijährigen Kindern einen Platzbedarf an. Nennenswerte Unterschiede zwischen Eltern mit und ohne Migrationshintergrund gab es demnach nicht.

Warum die Kinder aus Zuwandererfamilien dennoch so viel seltener einen Platz bekommen, wurde nicht untersucht. Es lassen sich lediglich Vermutungen anstellen. Dazu gehört, dass Familien, die nicht mobil sind – etwa kein Auto haben – und schlechter Deutsch sprechen, bei der Suche schneller aufgeben: Längere Anfahrtswege kommen nicht infrage, vor allen dann nicht, wenn es in der Familie noch weitere kleinere Kinder gibt, die jeweils mitgenommen werden müssten, wenn die älteren Geschwister gebracht oder abgeholt werden.

Der Verfasser der Rilll-Studie, Dieter Dohmen, schließt auch nicht aus, dass mitunter „bildungsnahe Familien – gegebenenfalls ohne Migrationshintergrund“ bei der Platzvergabe „einen Vorteil haben“. Zudem berge das Anmeldesystem Hürden.

Platzmangel offenbar entscheidendes Hemmnis

Das entscheidende Hemmnis ist aber offenbar der Kitaplatzmangel. Das ist auch daran abzulesen, dass es seit vielen Jahren nicht gelingt, freie Plätze für Kinder mit einem Sprachförderbedarf zu finden. Obwohl diese Kinder 18 Monate vor der Einschulung zum Kitabesuch oder zum Besuch eines anderen Förderangebots gesetzlich verpflichtet sind, bleiben Hunderte von ihnen zu Hause: Wenn sie belegen können, dass sie von drei Kitas Ablehnungen bekommen haben, müssen sie kein Bußgeld bezahlen. So verfährt beispielsweise Neukölln, wo ebenfalls massiv Plätze fehlen.



© Rilll-Institut/Tsp

Neuköllns Jugend- und Gesundheitsstadtrat Falko Liecke (CDU) bestätigte die Kritik des Bündnisses „Kitastimme“, wonach die ausgebliebene Aufstockung der Landesgelder für den Kitaausbau erheblichen Schaden angerichtet habe: Auch in Neukölln liegen mehrere neue Kitaprojekte auf Eis. Damit wenigstens die vorhandenen freien Kitaplätze ausgenutzt werden, schicken Lieckes Ämter Sozialarbeiterinnen in zwei Nordneuköllner Kinderarztpraxen: Dort können sie direkt Familien erreichen und etwa für den Kitabesuch oder die Inanspruchnahme weiterer Fördermaßnahmen werben.

„Wenn ein großer Teil der Kinder in Berlin seine Potenziale gar nicht erst entfalten kann, weil die Kinder von Anfang an von grundlegenden Bildungsangeboten ausgeschlossen sind, dann ist es kein Wunder, dass es in der Hauptstadt immer weniger Fachkräfte gibt“, kommentierte IHK-Präsident Daniel-Jan Girl am Dienstag den Befund. Die Studienergebnisse machten Berlin auch nicht attraktiv für Hochqualifizierte aus dem Ausland.

Einschulungsuntersuchungen belegen Defizite

Stefan Spieker vom Kitaträger Fröbel e. V. betonte, dass der Kitaplatzmangel in Berlin ausgerechnet die Kinder treffe, „die zum Beispiel aufgrund von Sprachbarrieren am meisten von einer guten Kindertagesbetreuung profitieren würden“. In den ersten sechs Lebensjahren würden sich die Bildungsungerechtigkeiten manifestieren. Ob Familien mit Migrationshintergrund eine Chance bekämen, dieses Zeitfenster für ihre Kinder zu nutzen, dürfe nicht davon abhängen, in welchem Bezirk sie wohnten.

„Wir alle, Politik, Verwaltung und Kitaträger:innen müssen alle Anstrengungen unternehmen, um Zugangshindernisse für Familien mit Migrationshintergrund abzubauen“, kommentierte für die Kitas des Evangelischen Kirchenkreisverband Berlin Mitte-Nord, Kathrin Janert, die Ergebnisse der Studie. Dazu gehöre ein durch ausreichend Fördermittel abgesicherter Kitaplatzausbau. Und zudem seien „wir als Träger:innen“ dazu aufgefordert, Barrieren für diese Familien abzubauen – „etwa durch transparente und verständliche Anmelde- und Aufnahmeverfahren“.

Der Evangelische Kirchenkreisverband gehört ebenso wie Fröbel e.V., das Unionhilfswerk und die Volkssolidarität zu den 35 freien Trägern, die sich im Frühjahr zum neuen Bündnis „Kitastimme“ zusammengeschlossen hatten.

An der Bedeutung der frühen Förderung gibt es keinen Zweifel. Die Einschulungsuntersuchungen der jeweils rund 30.000 Berliner Erstklässler:innen belegen Jahr für Jahr die überproportionalen Defizite der Kinder, die gar nicht oder weniger als zwei Jahre eine Kita besucht haben: Sie haben feinmotorische, motorische und sprachliche Probleme, die sich nur schwer beheben lassen und die Schulzeit langfristig beeinträchtigen.

Die Senatsverwaltung für Jugend teilte am Dienstag auf Anfrage mit, man könne aus nicht eingelösten Kita-Gutscheinen nicht auf die Anzahl der fehlenden Kindertagesbetreuungsplätze schließen. Es könne viele verschiedene Gründe für noch nicht abgeschlossene Verträge geben. Im Übrigen setze sich im Land Berlin der Platzausbau fort: Es gebe rund 17.000 Plätze mehr als Verträge. Kitaträger geben aber zu bedenken, dass viele dieser Plätze wegen Umbaus oder mangels Personal gar nicht belegbar seien.

Ein Sprecher gab zudem die Auskunft, dass nach Auskunft der Bezirke aktuell 40 gerichtliche Verfahren wegen Kitaplatzmangels anhängig seien, davon 23 Eilverfahren und 17 Klagen. Insgesamt seien 33 Kinder betroffen.